

PARTEITAG

Freiheitliche

Ordnung der

7067

Wirtschaft

DR. HERMANN VEIT

Die sozialdemokratische Alternative in der Wirtschaft

Als zweiter Redner bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme sprach der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit. Auch hier zeigte sich, daß von den behaupteten grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie nichts zu bemerken war. Dr. Veit kam zu denselben Ergebnissen wie sein Voredner. Er führte aus:

Die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, wird die soziale Marktwirtschaft genannt. Der Name ist eine falsche Etikettierung, hinter der sich der späte Kapitalismus verbirgt. Daß man zu einer falschen Bezeichnung greift, beweist, daß man sie nötig hat. Dieser sozialen Marktwirtschaft wird der Wirtschaftsaufschwung Westdeutschlands nach der Währungsreform zugeschrieben. Sie allein habe die dauernde Ausweitung des volkswirtschaftlichen Ergebnisses und damit die Steigerung des Sozialprodukts und des Lebensstandards bewirkt. Sie sichere den Wohlstand für alle, die Vollbeschäftigung und die soziale Gerechtigkeit. Das wichtigste aber, Freiheit, gebe es nur in ihrem Bereich. Und das Rezept? Der Staat soll die Hand von der Wirtschaft lassen, er soll seine Aufgaben möglichst einschränken und die Steuern senken. Der Automatismus des Marktes löse alle Probleme bestens, wenn man ihn in Ruhe lassen.

Alle diese Behauptungen über die segensreichen Wirkungen des als soziale Marktwirtschaft firmierenden Spätkapitalismus sind bestenfalls Teilwahrheiten, zum größten Teil aber glatte Unwahrheiten. Sie wurden verbreitet und geglaubt, weil der Schleier einer

über ein Jahrzehnt andauernden ungewöhnlichen Hochkonjunktur den Blick auf die wirklichen Zusammenhänge und Kausalitäten trübt, ja weil viele gar nicht das Bedürfnis haben, hinter diesen Schleier zu schauen. Wir müssen den Schleier wegziehen und den Menschen zeigen, was der Spätkapitalismus in Wirklichkeit geleistet hat und was er in Zukunft zu leisten vermag. Wir müssen aufdecken, was er nie leisten kann und welche Gefahren mit seinem unkontrollierten und ungezügelter Wirken verbunden sind. Und dem müssen wir die Wirtschaftskonzeption des freiheitlichen Sozialismus gegenüberstellen, seine sittliche Zielsetzung und Zielwirkung und seine ökonomisch keinesfalls geringeren Leistungen. Wir müssen der Bevölkerung in der Vielfalt ihrer Zusammensetzung, nicht nur der Arbeiterschaft, zeigen, daß alle bis auf eine kleine Gruppe von den Auswirkungen des Spätkapitalismus bedroht sind, und daß andererseits niemand, bis auf eine kleine Gruppe, den Sozialismus zu fürchten braucht. (Beifall.)

Marktwirtschaft – Wirtschaftswunder

Zu der gefährlichen falschen prima-facie-Beweisführung, die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft sei durch das berühmte deutsche Wirtschaftswunder erwiesen, ist schon unendlich viel geschrieben und gesagt worden, so daß man gehemmt ist, das Thema noch einmal aufzugreifen. Aber nachdem der Herr Bundeskanzler auf diesem alten Gaul nunmehr beginnt, gen Düsseldorf zu reiten, und da dieser Irrglaube in weiten Kreisen festsetzt, kann auch an dieser Stelle nicht dazu geschwiegen werden. (Sehr gut!)

Zunächst muß nachdrücklich gegen die Unterstellung protestiert werden, die soziale Marktwirtschaft habe eine sozialistische Wirtschaftskonzeption abgelöst. Die Zwangswirtschaft, an die wir uns alle nur mit Abscheu erinnern, sei ein Kind des Sozialismus und werde wiederkehren, wenn der Sozialismus zur Herrschaft komme. Die Zwangswirtschaft steht nicht in unserem Konzept. Sie ist auch nicht von uns eingeführt worden, sondern vom Nationalsozialismus. (Starker Beifall.)

Und dabei haben Männer Hilfestellung geleistet, die in den Bonner Ministerien und in der deutschen Wirtschaft es wieder zu ansehnlichen Positionen gebracht haben, (lebhaft Zustimmung — starker

Beifall) ebenso wie diejenigen, die bei den Nürnberger Rassegesetzen, der größten Kulturschande des deutschen Volkes, mitgewirkt haben. (Beifall.)

Die Sozialdemokraten, denen man die Zwangswirtschaft so gern in die Schuhe schieben möchte, saßen damals in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Dritten Reiches. (Starker Beifall.) Daß nach der Geldreform das Wirtschaftsleben sich rasch normalisierte, hat seine Gründe in der Aufbauarbeit, die von 1945 bis 1948 geleistet worden war, in einer oft erfolgreichen Abwehr von Demontageplänen, im Fleiß und in der Opferbereitschaft des ganzen Volkes und auch ein wenig in der Hilfestellung, die die Wirtschaft in den Jahren 1945 bis 1948 und 1949 bei den Gemeinden und Ländern erfuhr, die damals weitgehend unter sozialdemokratischer Führung oder Mitverantwortung standen. (Sehr gut! und Beifall.)

Die Bundesregierung, die erst im Herbst 1949 gebildet wurde, konnte auf einer gewaltigen Vorarbeit aufbauen. (Sehr richtig!)

Sie hat dafür nie gedankt, im Gegenteil den ganzen Erfolg des Aufbaues als eigenes Verdienst vereinnahmt.

Die Eigentums- und Vermögensverteilung

Die Einführung eines funktionsfähigen Geldes, der zurückgestaute, schier nicht zu stillende Bedarf des Volkes an allen Gütern, die Auslandshilfen, insbesondere die Milliarden des Marshallplans, all das zusammen hat den Aufstieg des deutschen Volkes vom Nullpunkt einer totalen Zerstörung gefördert. Dieser Aufstieg wäre auch unter jedem anderen Wirtschaftssystem erfolgt. (Beifall.)

Aber wir wollen Verdienste nicht unterschlagen, auch wenn sie politischen Gegnern gebühren. In der Bundesrepublik ging der Aufstieg rascher vor sich. Das mag seinen Grund haben in dem fast unvermittelten Übergang von der Bewirtschaftung und der Preisbindung zur freien Marktwirtschaft. Aber dieser Zeitvorsprung hat der großen Masse des deutschen Volkes Milliarden gekostet. (Beifall.)

Das war kein Markt, wie ihn die Väter des Liberalismus erträumten, ein Markt, auf dem das Spiel gleicher Kräfte auf der Ange-

bots- und Nachfrageseite eine gerechte Gleichgewichtslage schafft, sondern das war ein Markt, wo die Sachwertbesitzer mit einem unzureichenden Warenangebot dem Ansturm einer unelastischen, übergroßen Nachfrage gegenüberstanden. Was Wunder, daß dieser Markt ein Raubzug war und die gerade erst fast vollständig entleerten Taschen der Geldbesitzer und Lohnempfänger mit der Wirkung, daß eine gewaltige Einkommens-Umschichtung und einseitige Vermögensbildung die Sachwertbesitzer in den Stand setzte, große Investitionen durch überhöhte Preise zu finanzieren. (Beifall.)

Das Problem der Preise und Löhne

In diesem Zusammenhang taucht das Preisproblem ganz allgemein auf. Es ist bis jetzt das einzige Wirtschaftsfaktum, das auch den Uninteressierten und Wirtschaftswundergläubigen persönlich heftig berührt, falls er nicht zu der bevorzugten Zunft hoher Einkommensbezieher gehört, die Preiserhöhungen der Güter des täglichen Bedarfs überhaupt nicht bekümmern. Aber auch hier ist die Bundesregierung nicht verlegen. Ob es wahr ist oder nicht: Wenn die Preise steigen, sind Lohnerhöhungen die Ursache. Wir wollen uns an dieser Stelle des Wortes des Bundeswirtschaftsministers erinnern, daß ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, kurz ein Kartellgesetz, das Grundgesetz seiner sozialen Marktwirtschaft sei. Nun, die soziale Marktwirtschaft mußte fast zehn Jahre, bis zum 1. Januar 1958, auf ihr Grundgesetz warten und konnte logischerweise bis dahin ohne ihr Grundgesetz gar nicht die richtige soziale Marktwirtschaft sein. Jetzt, da dieses Gesetz in Kraft getreten ist, ist das Bundeskartellamt nicht ausreichend mit genügend dotierten Beamten besetzt. Während wir für die Rüstung und die gar nicht geschuldeten Stationierungskosten fremder Truppen viele Milliarden offenbar spielend flüssig machen können, ganz zu schweigen von der kostspieligen atomaren Aufrüstung, glaubt man, an dem Amt sparen zu müssen, das das Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft zu vollziehen, nämlich die Wettbewerbsbeschränkungen zu beseitigen und die Monopole zu überwachen hat. Nachdem man das Gesetz zwar verschlechtern, aber nicht ganz verhin-

dern konnte, will man jetzt seinen Vollzug durch angebliche Sparmaßnahmen lähmen.

Sie wissen, daß ich im Bundesrat dagegen angekämpft habe, und ich freue mich, gestern in der Zeitung gelesen zu haben, daß der Haushaltsausschuß des Bundestages nunmehr einer ausreichenden Dotierung des Bundeskartellamtes zugestimmt hat.

Professor Erhard hat monatelang gegen den Bundesverband der deutschen Industrie kämpfen müssen, bis er die Ernennung des von ihm bestimmten Mitarbeiters zum Präsidenten des Kartellamtes durchsetzen konnte. Ein Alarmzeichen über die Verteilung der Macht in der demokratischen Bundesrepublik!

Diese zum Teil oligopolistische, zum größeren Teil kartelldurchgesetzte Wirtschaft diktiert auf dem sogenannten freien Markt die Preise auch gegen den ausgesprochenen Willen und das Interesse der Bundesregierung, wie die Kohlenpreiserhöhung unmittelbar nach der Wahl, vor der gleichbleibende Preise versprochen wurden, gezeigt hat. Diese Preiserhöhungen sind Attacken auf den Geldbeutel des Bundesbürgers und bedeuten eine Umverteilung des Einkommens zum Nachteil der breiten Massen, zum Vorteil der Produzenten. Im letzten Jahre sind die Preise für die Lebenshaltung, gerechnet am Warenkorb einer mittleren Verbraucherfamilie, um 5 Prozent gestiegen. Das sind bedenkliche Zeichen, weil sie auf das Verhalten einer großen Zahl von Menschen Einfluß haben. Wenn Sparen mit der Gefahr einer Entwertung des gesparten Geldes verbunden ist, drängt das Geld in den Konsum. Das bedeutet eine Verringerung der Investitionsrate und damit des volkswirtschaftlich notwendigen Wachstums. Das bedeutet aber auch weiteres Anziehen der Preise mit allen Konsequenzen.

Nicht die Löhne sind schuld

Sind an diesen Preissteigerungen die Löhne schuld? Die Gewerkschaften wissen so gut wie wir, daß es für Lohnforderungen dort eine Grenze gibt, wo der Betrieb die Löhne nicht mehr verkraften kann. Wenn diese Grenze überschritten wird, laufen die Arbeiter Gefahr, sich ihres Arbeitsplatzes zu berauben. Unsere Gewerkschaften haben in der Zeit des Aufbaues und danach soviel Verständnis für die Bedürfnisse eines Betriebes und die Notwendigkeit der Modernisierung bewiesen, daß man ihnen schlecht unterstellen

kann, sie dächten nur an das eigene Interesse ohne Rücksicht auf die Betriebe und die Allgemeinheit. Es ist ein beliebtes, nahezu volkstümliches Argument geworden, daß Lohnerhöhungen zulässig seien, daß sie aber keinesfalls die Grenze des Produktivitätszuwachses überschreiten dürften. Diese Regel gibt einen Anhaltspunkt, sie ist aber nicht ausnahmslos gültig. Wenn ein Unternehmer es verstanden hat, jahrelang seine Arbeiter nicht am Produktivitätsfortschritt teilnehmen zu lassen, und die Arbeiter verlangen nun eine Lohnerhöhung, die den Produktivitätsfortschritt des letzten Jahres überschreitet, so ist das kein unbilliges Verlangen. Und bei der Lohnabrechnung nach dem Produktivitätsfortschritt wird häufig davon ausgegangen, daß der Lohn irgendeines Ausgangsjahres der Berechnung zugrunde gelegt werde. Wenn aber in diesem Ausgangsjahr die Verteilung des Ertrags eines Unternehmens keineswegs in annähernd rechtem Verhältnis zwischen Kapital, Unternehmerngewinn und Arbeitskraft erfolgt ist, so würde die nach einem solchen Berechnungsmaßstab geforderte Beschränkung der Lohnerhöhung auf höchstens den Produktivitätszuwachs eine Zementierung des Lohnverhältnisses des Ausgangsjahres auf alle Zeiten bedeuten.

In diesem Zusammenhang muß man sich daran erinnern, daß im Jahre 1931 die tariflichen Stundenlöhne in der deutschen Industrie um 30 bis 40 Prozent absanken, daß diese abgesunkenen Löhne 1933 stabilisiert und 1936 gestoppt worden sind. Neuerdings ist man auf einen neuen Einfall gekommen, um den Gewerkschaften und den etwa dazu bereiten Unternehmern Lohnerhöhungen auszureden. Man spricht von der Interdependenz des Lohnniveaus und von der Gefahr, daß eine Lohnerhöhung in einer Branche, die die Erhöhung verkraften kann, gleichartige Wünsche in Branchen wecke, die dazu nicht in der Lage seien. Man redet also dem gut verdienenden Unternehmer zu, den großen Mehrertrag, wenn auch schweren Herzens, für sich allein zu behalten und seinen Arbeitern nichts davon abzugeben, weil sonst sein Kollege in der anderen Branche, der sich schwerer tut, durch gleiche Lohnforderungen ins Gedränge käme. Fürwahr, ein genialer Plan, den Grenzlohn zum Normallohn zu machen und den Differentialgewinn zum Wohle des deutschen Volkes einzukassieren!

Gewiß, es wird niemand bestreiten, daß das Realeinkommen der Lohnempfänger gestiegen ist, aber im wesentlichen nur im Verhältnis der Steigerung des Nettosozialprodukts. Die Steigerung be-

deutet also nicht mehr als das Halten einer Position in der Verteilung des Wirtschaftsergebnisses und nicht die Verbesserung. Man sollte durch Gesetz vorschreiben, daß jeder, der wegen einer Lohnerhöhung seine Preise erhöhen will, den Erhöhungsbetrag zu analysieren hat. (Beifall.)

Man würde dann häufig darauf kommen, daß die Lohnerhöhung nur einen Bruchteil der Preiserhöhung ausmacht, daß sie aber ein willkommener Anlaß ist, eine Menge von Wünschen auf Ertragssteigerung unter dem politisch so ansprechenden Sammelgrund „Lohnerhöhungen“ unterzubringen. (Beifall.)

Widersprüche der „Sozialen Marktwirtschaft“

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die Zahlen werfen, die der Automatismus der auch so sozialen Marktwirtschaft ausweist. Im Zeitraum von 1950 bis 1957 sind gestiegen: Das Bruttosozialprodukt um 113 Prozent, der private Verbrauch um 97 Prozent, der Staatsverbrauch um 92 Prozent, dagegen die Anlageinvestitionen um 147 Prozent.

In der Zeit von 1950 bis 1956 sind gestiegen: Das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 103 Prozent, das Nettoeinkommen von Selbständigen und Unternehmern zusammen um nur 79 Prozent, aber, da in der gleichen Zeit die Zahl der Arbeitnehmer um 30 Prozent gestiegen ist, die der Selbständigen aber konstant geblieben ist, ergibt sich eine Zunahme des Nettoeinkommens pro Kopf bei den Arbeitnehmern um 55 Prozent und bei den Selbständigen und Unternehmern um 78 Prozent.

Für die Vermögensbildung ist interessant, zu wissen, daß in den Jahren 1950 bis 1956 von dem Nettovermögenszugang der Wirtschaft, ohne Wohnungsbau, mit 91 Milliarden DM aus gruppeneigenen Mitteln, also praktisch über die Selbstfinanzierung, 70 Milliarden DM finanziert worden sind. Das Ergebnis dieser Betrachtung ist die Feststellung, daß in sieben Jahren die Wirtschaft einen Vermögenszuwachs von 90 Milliarden DM aus dem Sozialprodukt für sich abgezweigt hat und davon 70 Milliarden DM selbst entweder über Preise oder über Löhne oder über beides finanziert hat. Wenn man dazu die Erkenntnis fügt, daß der größte Teil des Vermögenszuwachses auf eine verhältnismäßig kleine Schicht ganz

großer Unternehmungen fällt, dann sieht man, wie ungleichmäßig der Markt auf Grund der Verschiedenheit der Ausgangsposition der Teilnehmer und der Machtverhältnisse die Ergebnisse der Arbeit eines Volkes verteilt.

Die Volksaktie ist keine Lösung

Es ist nicht erstaunlich, daß in diesem Zusammenhang der Gedanke der Beteiligung von Arbeitern und Angestellten am Investitionszuwachs aufgetaucht ist. Denn niemand verkennt die Notwendigkeit der Investitionen, und jeder weiß, daß sie die unerläßliche Voraussetzung einer expandierenden Wirtschaft sind. Aber niemand ist in gleicher Weise überzeugt, daß die mit den Investitionen verbundenen großen Vermögensvermehrungen aus dem Sozialprodukt in die Taschen einer verhältnismäßig kleinen Schicht des Volkes fließen müssen, einer Schicht, die auf diese Weise ihre ohnehin vorhandene große wirtschaftliche Macht noch verstärkt. Wirtschaftliche Macht setzt aber nicht nur den Markt, wenigstens teilweise außer Funktion, sie ist auch politische Macht. Denn Macht ist Macht, und wirtschaftliche und politische Macht sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille. Doch ist die Problematik des Investitionslohnes hiermit nur aufgezeigt. Sie ist noch nicht ausdiskutiert und noch nicht gelöst, ich habe heute dazu nicht Stellung zu nehmen.

Wir sehen das Mittel gegen das auch von anderen Gruppen und Parteien erkannte Unrecht der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht in der Ausgabe sogenannter Volksaktien von Unternehmungen, die zu diesem Zweck aus der öffentlichen Hand in die private überführt werden. Es geht doch nicht darum, neue Anlagewerte zu schaffen, damit die unglücklichen Arbeiter und Angestellten, die ihr Geld partout nicht anlegen können, endlich eine Möglichkeit dazu finden. Wer sein Geld in Wertpapieren anlegen will, kann es jeden Tag auf Grund eines reichhaltigen Angebotes tun. Dazu hätten wir kein neues kostspieliges Bundesministerium gebraucht. (Beifall.)

Nein, es geht um das Geld, das anzulegen wäre, und hieran fehlt es in weiten Kreisen des deutschen Volkes. Dem Volk wird durch diese Aktion Sand in die Augen gestreut. Es wird ihm vor-

gegaukelt, durch Aktienbesitz würde es mitbeteiligt und damit mitberechtigt in Produktionsstätten. Wer die erbärmliche Rolle kennt, die der Kleinaktionär nach dem deutschen Aktienrecht und den Praktiken der Manager spielt, der wird die Heiligsprechung des Eigentums durch die die deutsche Wirtschaft beherrschenden Kreise nicht mehr als bare Münze nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die Konzeption der SPD

Was haben wir zu tun? Wir haben gesehen, daß eine sich selbst überlassene Wirtschaft das Problem einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung nicht löst, daß es aber aus ethischen, demokratischen und ökonomischen Gründen gelöst werden muß, beileibe nicht im Sinne einer Gleichmacherei, sondern nach den Leistungen für die Gemeinschaft. Die Lösung beginnt bei der Erziehung und Ausbildung, damit den Begabten wenigstens diese Startgleichheit gewährt wird. Die Besteuerung ist ein Mittel der Redistribution im Sinne größerer Gerechtigkeit und kann angewandt werden, um die Vermögensakkumulation durch Selbstfinanzierung zu dämpfen. Die Ordnungsformen der Wirtschaft, die Heinrich Deist vorhin geschildert hat, sind ein weiteres Mittel, große Ungleichheiten zu mildern. Der Wettbewerb, wo er noch funktioniert, und zwar fair auf der Basis der Startgleichheit, und die Begünstigung kleiner und mittlerer Betriebe, vor allem freier gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen, das sind alles Mittel, um die Bäume des Kapitalismus nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

Hierzu wäre noch zu rechnen die Beschränkung des Erbrechtes an großen Vermögen, nicht an den kleinen und mittleren Hinterlassenschaften des deutschen Volkes. (Beifall.)

Die gerechte Verteilung des Einkommens belebt die Volkswirtschaft und fördert das Sparen breiterer Schichten. Es erhöht den Leistungswillen durch das Gefühl, in einer gerechten Ordnung zu leben. Es ist des Schweißes der Edlen wert, eine Ordnung zu schaffen, in die der Mensch vom Ethischen und nicht nur vom Ökonomischen her eingeordnet wird. Ja, ja, meine Herren Kritiker, so sind wir nun einmal, wir „Materialisten“.

Das Versagen des Kapitalismus

Lassen Sie mich ein zweites Problem aufzeigen, das der späte Kapitalismus nicht zu lösen vermag. Es ist das Problem der Konjunktur. Die Konjunktur macht sich für jedermann bemerkbar. Sie ist wie der Preis ein Faktum, auf das die breite Masse anspricht und das Reaktionen auslösen kann, bis zum Regierungssturz und zur Revolution. Der späte Kapitalismus kümmert sich nicht um die Konjunktur. Es ist Sache des Marktes und der Einsicht des freien Unternehmers, ob er investieren will oder nicht. Niemand übt eine Kontrolle aus, ob zu wenig oder zu viel investiert wird, obgleich beide Verhaltensweisen das Ende einer Konjunktur herbeiführen und die Krise einleiten können.

Was aber bedeutet die Krise? Nun, wer die 30er Jahre erlebt hat, wird sich erinnern: Zusammenbrüche am laufenden Band, Riesenverluste, Massenarbeitslosigkeit, geringes Steueraufkommen, schwere politische Spannungen und im Spezialfall der 30er Jahre Adolf Hitler. Die Menschen in Deutschland haben sich schon so sehr an den nun schon zehn Jahre wolkenlos blauen Himmel der Hochkonjunktur gewöhnt, daß sie glauben, das muß so sein, daran werde sich nichts ändern, solange man nur Adenauer wählt. Der Konjunkturrückgang in den Vereinigten Staaten hat einige Unruhe gebracht, aber sie ist nicht groß. Die Leichtigkeit, mit der man das für die Existenz von Millionen entscheidende Problem in unserer Regierung behandelt, ist verblüffend. Kürzlich hat der Bundeswirtschaftsminister in diesem Saal vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag gesagt, die Konjunktur liege in unserer Hand, wir machen die Konjunktur, und wenn einmal ein Anzeichen eines Rückschlages auftreten würde, dann sollte kein Unternehmer seine Produktion einschränken, sondern das Wagnis in Kauf nehmen, eventuell sogar investieren. Dann sei die trübe Wolke rasch vorüber. Es muß ein beglückendes Gefühl sein, die Dinge so einfach zu sehen; aber wir möchten uns nicht darauf verlassen, daß jeder Unternehmer dieses unter Umständen halbsbrecherische Rezept befolgt. In einer Wirtschaft, die nur durch das Gewinnstreben angetrieben wird, kann man nicht erwarten, daß die Unternehmer reihenweise zum Opfergang für die Volkswirtschaft anzutreten bereit sind. (Beifall.)

Die Sozialdemokratie und die Konjunkturpolitik

Für die Sozialdemokratie ist die hierzulande bös vernachlässigte Konjunkturpolitik eine entscheidende Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Ich möchte mich hier nicht mit der gewiß interessanten Frage beschäftigen, was wir zu tun beabsichtigen, wenn eine Krise über uns hereinbricht. Hierüber sind schon ganze Bibliotheken geschrieben worden, und auch die Wissenschaft hat einen Instrumentenkasten bereitgestellt, der viele geeignete Hilfsmittel enthält. Es geht allerdings nicht ohne den Staat, darüber ist man sich auch im liberalen Lager einig. Wichtig für uns ist, daß eine beginnende Krise rechtzeitig erkannt und daß ihr sofort begegnet wird. Dann kann man mit verhältnismäßig geringen Mitteln Erfolg haben, und je länger man wartet, desto tiefer müssen die Eingriffe sein und desto länger dauert die Heilung. Wichtiger, als eine Krise zu heilen, scheint uns aber für die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, sie zu verhindern. Wir werden sie nicht ganz aus der Welt schaffen können. Politische Verwicklungen, Kriege, auch wenn sie sich nicht in unserem Lande abspielen, ja sogar eine umwälzende Erfindung, werden auch in Zukunft noch Krisen auslösen können. Aber wir können sie sehr selten machen. Es wäre ein großes Glück für die Menschheit, wenn sie sich nicht nur frei von Kriegen, sondern auch frei von Krisen in einer sich ständig expandierenden Wirtschaft bei Vollbeschäftigung sicher fühlen könnte. Zur Vermeidung von Krisen und zur Sicherung einer sich stetig aufwärtsentwickelnden Wirtschaft ist es notwendig, daß die Regierung sich nicht nur darauf beschränkt, Wanderprediger auszusenden, die an das Wohlverhalten aller Kreise des Volkes appellieren, sondern daß sie sich unablässig um den Ablauf der Wirtschaft kümmert, die Waren- und Geldströme verfolgt und kontrolliert, feststellt, ob Engpässe vorhanden sind und wie sie erweitert werden können, das Verhältnis zwischen Investitions- und Konsumraten überprüft und, ich kann das wegen der Zeit nur mit ein paar Strichen skizzieren, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufstellt, aus der sie für das kommende Jahr in Gestalt eines National-Budgets die Richtlinien erarbeitet, innerhalb deren die Wirtschaft sich bewegen soll, wenn das Optimum einer Volkswirtschaft für das ganze Volk erreicht werden soll.

Dieser Rahmenplan soll keine Zwangswirkung auf die Wirtschaft haben. Man wird bei seiner Aufstellung die Wirtschaft weitgehend

beteiligen. Um so eher wird sie bereit sein, sich nach ihm zu richten. Es dürfte nicht schwer sein, Außenseiter durch Lenkungsmittel der leichten Hand in die richtige Bahn zu leiten. Mit einer solchen Wirtschaftspolitik sichern wir im Gegensatz zum späten Kapitalismus die Stabilität der Wirtschaft, die für alle Berufszweige so wichtige Vollbeschäftigung, die Währungsstabilität und die andauernde ruhige Expansion.

Keine Gefährdung der Freiheit

Ich habe an einigen Schwerpunkten mich bemüht, aufzuzeigen, daß das System des späten Kapitalismus wichtige Funktionen nicht zu erfüllen vermag, daß es die Wirtschaft in eine immer bedrohlichere Ungleichgewichtslage drängt, daß es frei ist von allen ethischen Motiven und Wirkungen und daß es in hohem Maße unstabil ist. Was wir dagegen vorschlagen, ist geeignet, diese Fehler und Mängel zu beseitigen.

Nun kommen die Gegner und rufen, wir brächten die Freiheit in Gefahr. Herrscht denn unter dem späten Kapitalismus die Freiheit? (Beifall.)

Ist es nicht nur die formale Freiheit des gleichen Stimmrechts und die Freiheit der Gleichheit vor dem Gesetz oder, wie es Anatole France sarkastisch gesagt hat: „Das Gesetz in seiner erhabenen Gleichheit verbietet Reichen wie Armen, unter Brücken zu schlafen, an Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“ Ich zitiere den Tübinger Professor Peter, der in seinem Buch „Freiheit der Wirtschaft“ auf die Frage, ob im gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die Freiheit herrsche, treffende Antworten gegeben hat. Er sagte: „Damit, daß man die staatliche nicht reglementierte Wirtschaft frei nennt, ist die Freiheit einer Marktwirtschaft des wirklichen Lebens noch keineswegs gewährleistet.“ Und an einer anderen Stelle sagt er: „Die großen und lauten Worte, die den Anschein erwecken, als wolle man die Freiheit, die ganze Freiheit und nichts als die Freiheit, übertönen allzu leicht den Anspruch der Schwachen, auch an der Freiheit teilzunehmen.“ Man soll endlich aufhören mit dem Geschwätz, der Sozialismus bedrohe die Freiheit. Er ist die einzige Bewegung, die den Menschen, allen Menschen, die Freiheit bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Liberalisten haben offenbar noch gar nicht gemerkt, daß sie nur noch die Schale einer großen Idee in den Händen halten und den Kern längst verloren haben, seitdem sie auch im späten Kapitalismus der Meinung huldigen, man habe schon dann die Freiheit, wenn man nur die Wirtschaft sich selbst überlasse.

Sozialismus für alle

Unser Kampf dient allen Menschen, nicht nur den Arbeitern, nicht einmal nur den Arbeitnehmern. Er dient auch den Selbständigen, den Mittelschichten, schlechthin allen denen, die die Freiheit nicht zu Lasten anderer Menschen mißbrauchen. Eine versteinerte Tradition hindert viele, sich zu uns zu bekennen. Aber die wirtschaftliche Entwicklung wird den Menschen die Augen öffnen. Die harte Kritik auf der vor wenigen Tagen in Wiesbaden abgehaltenen Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer an der Regierung und dem Bundesverband der deutschen Industrie wirkt wie eine Fanfare aus diesen Kreisen. Der dort gegebene Hinweis, daß vom Aktienkapital von insgesamt 18 Milliarden DM fast 80 % in den Händen anderer Aktiengesellschaften oder von Großaktionären liegen, zeigt, wie gesagt wurde und was unsere Auffassung bestätigt, in erschreckendem Maße „die Vermachtung der deutschen Wirtschaft“. Wir müssen allerdings daran denken, daß wenn die Kreise der Mittelschichten zu uns kommen, Arbeitgeber Sozialisten werden. Wir werden bei unseren gesetzgeberischen Maßnahmen darauf bedacht sein müssen, daß die sozialen Verpflichtungen, die wir der Großwirtschaft mit Recht auferlegen, von den Kleineren und Schwächeren nicht immer getragen werden können. Durch Ausgleichskassen ist dafür Sorge zu tragen, daß auch diese Schichten in den Stand gesetzt werden, ihren Arbeitern gegenüber in gleicher Weise die sozialen Verpflichtungen zu erfüllen wie die Großunternehmen. (Beifall.) Das wäre ein weiterer Beitrag zu dem Kapitel gerechterer Einkommensverteilung.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Blick in die Zukunft werfen. Denken wir nicht nur an den Aufbau einer in Freiheit und größerer Gerechtigkeit lebenden Gesellschaft, in der der Mensch wieder zu sich selbst kommen kann und sein eigener Herr ist, denken wir auch an die gewaltigen weltpolitischen Auseinandersetzungen

zwischen den großen Machtblöcken. Ich glaube nicht, daß diese Auseinandersetzung kriegerisch geführt wird; der Kampf wird auf dem Gebiet der Wirtschaft ausgetragen werden. Lassen Sie noch einige Jahre oder Jahrzehnte vergehen, lassen Sie Rußland den Wirtschaftsvorsprung der westlichen Welt aufholen — davon ist es nicht mehr weit entfernt —, lassen Sie China langsam nachziehen, lassen Sie die kommunistische Welt, weil sie sich für den späten Kapitalismus nicht rentiert, weitere Völker Afrikas und Asiens aus der Unterentwicklung herausführen, dann wird der westlichen Welt ein Wirtschaftsblock von Milliarden Menschen gegenüberstehen. Wenn dieser Block, ausgestattet mit diktatorischen Staatsformen und Zentralverwaltungswirtschaften, zum Kampf gegen den westlichen Kapitalismus antritt, glauben Sie im Ernst, daß dann der Kapitalismus Sieger sein wird? Dann gibt es nur eine Idee, die standhalten kann, und das ist die große, menscheitsbeglückende Idee des freiheitlichen Sozialismus. Aber er muß seine Waffen schon jetzt schmieden für diese Auseinandersetzung. Er hat keine Chance, wenn er erst nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus antritt. Darum, Sozialisten, vollendet den Sozialismus in allen Euren Ländern! Es ist keine nationale, es ist eine Menschheitsaufgabe, und wenn es dann zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Welt auf wirtschaftlichem Gebiet kommt, werden die Sozialisten standhalten, weil sie wissen, sie haben eine Welt der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu verlieren, und sie haben nichts zu gewinnen als die Ketten des Kommunismus. (Lebhafter Beifall.)

Nur neue Wege führen zum Ziel

Nach einer ausführlichen Diskussion ergriff Dr. Deist noch einmal das Wort und setzte sich in seinem Schlußwort, das begeisterte Zustimmung fand, ausführlich mit den vorgebrachten Einwendungen und Anregungen auseinander. Er stellte fest:

Ich teile das Unbehagen, über das so viele Redner gesprochen haben, nicht. Ich bin schon der Auffassung: Dieses Problem, das wir hier heute behandeln, ist ein Problem, das für Sozialisten an die Nieren geht. Es handelt sich um ein grundsätzliches Problem, und darum ist es gut, daß diskutiert wird. Ich bin auch der Auffassung, daß es gut ist, differierende Meinungen, wenn sie einmal vorhanden sind, klar auszusprechen. Und ich hoffe — das konzidiert Ihr mir —, ich habe mein Referat so aufgebaut, daß die dahinterstehenden Auffassungen so eindeutig klar wurden, daß sie eine Diskussion ermöglichen. (Beifall.)

Durch Diskussion zur Entscheidung

Und diese Diskussion wollten wir haben. Darum haben wir diesmal ein beschränktes Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Wir alle haben darunter gelitten, daß über unsere Vorstellung von Gemeineigentum so vielerlei gesagt und auch so vielerlei veröffentlicht worden ist. Ich habe hier Klaus-Peter Schulz „Opposition als politisches Schicksal“ vor mir, der dazu sagt: „Bei den Großunternehmungen dachte man freilich bis vor kurzem an Sozialisierung, doch läßt sich aus manchen Äußerungen des letzten Wahlkampfes von prominenter Seite entnehmen, daß diese Absicht aufgegeben wurde. Vorübergehend oder für alle Zukunft?“ Ich meine, darüber

möchten wir gerade Klarheit haben, und sie sollte in dieser Diskussion geschaffen werden. Wer sich einmal die Entschließung ansieht, der wird in den Abschnitten 3 und 4 über die Energiewirtschaft soviel Positives und soviel Konkretes und soviel Deutliches über Sozialisierung und Gemeineigentum sehen, wie wir es für mein Empfinden bisher in unseren Verlautbarungen nicht gehört haben. (Beifall.)

Und darauf kommt es an, daß man über diese Dinge Klarheit schafft.

Ich nehme das Wort auf: Ist das die richtige Methode, solche wichtigen Dinge zu besprechen? Ist es eine richtige Methode, wenn wir in einem Augenblick, wo wir wieder vor Wahlkämpfen, d. h. vor dem Problem stehen, die politische Macht mit demokratischen Mitteln, zu erringen? Wäre es da richtig, wenn wir wieder ein Referat über Wirtschaftspolitik gehalten hätten, das die ganze Breite von den Zonengrenzgebieten über die Zerreißung Deutschlands und die Mitbestimmung und alles an Wirtschaftspolitik bis zur Steuer- und Zollpolitik erörtert hätten, und niemand hätte über irgendeines von den Einzelproblemen etwas Konkretes gesagt? Darum habe ich meine Einleitung damit begonnen, daß ich sagte: Ich erörtere ein begrenztes Gebiet, weil wir endlich dazu kommen müssen, auf begrenzten Gebieten wirklich konkrete Vorstellungen zu entwickeln. Wir meinten, daß es heute unsere Aufgabe sei, das umstrittene Problem Privateigentum und Gemeineigentum, weil es so umstritten ist, in der Realität, in der konkreten politischen Behandlung einige Schritte weiterzuführen. (Beifall.)

Dann bitte ich nicht zu sagen: Jetzt fehlt also alles, was den arbeitenden Menschen angeht. Ich dachte, ich hätte das wenigstens am Anfang deutlich zum Ausdruck gebracht, daß alle Teilgebiete unseres politischen Kampfes und alle Institutionen, die geschaffen werden sollen, letzten Endes diesem arbeitenden Menschen und seiner Freiheit zu gelten haben.

Aber wir sollten nicht nur immer davon reden, daß der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist und daß die ökonomischen Verhältnisse eine große Rolle spielen. Was ist das für eine ökonomistische Auffassung, die da sagte, das Großunternehmen bedrohe doch nicht den Konsumenten, das werde nur über die Meinungsmanipulierung gemacht? Seit wann sind denn die Produktionsverhältnisse reine ökonomische Beziehungen? Das waren schon bei Karl Marx gesellschaftliche Beziehungen, einschließlich alles dessen, was an psychologischen und soziologischen Faktoren dazugehört.

Gemeineigentum löst nicht alle Probleme

Diese Dinge sollten wir sehr deutlich sehen. Darum die Frage, wie der arbeitende Mensch im Betriebe stehe, wie wir dafür sorgen können, daß er im Unternehmen ein Stück mehr Freiheit und Bewegungsfreiheit bekommt. Das ist wirklich ein Problem, das man einmal untersuchen müßte. Wir sollten uns doch nicht der Illusion hingeben, daß durch die Überführung in Gemeineigentum formal das Problem der Abhängigkeit und der Hörigkeit der Arbeiter in den Betrieben bereits gelöst sei. (Beifall.)

Ein Genosse hat hier seine Bedenken bezüglich der Behandlung der Arbeitnehmer in gemeinwirtschaftlichen Betrieben zum Ausdruck gebracht. Es wird Euch mancher ähnliches für die öffentlichen Betriebe sagen. Und wenn wir unsere englischen Genossen einmal fragen, wie das Arbeiterproblem und die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den nationalisierten Industrien sich entwickelt habe, dann werden wir von ihnen hören, daß dieses Problem durch die Nationalisierung allein nicht gelöst sei. Die Nationalisierung ist natürlich eine bessere Grundlage hierfür.

Aber das Problem selber ist auch in England noch offen, obwohl gute Ansatzpunkte vorhanden sind. Das ist also ein ganz anderes Problem.

Natürlich schafft Gemeineigentum uns bessere Grundlagen für die Lösung dieses Problems; aber wer meinte, damit wäre das Problem der Abhängigkeit und Hörigkeit erledigt, der sieht die Dinge viel zu einfach und zu primitiv.

Mir ist dieses Problem der größeren Mitwirkung in den Betrieben — das ist ein konkretes Problem, das kann ich nicht mit ein paar Schlagworten erledigen — viel zu wichtig, als daß ich hätte meinen können, es in diesem Spezialreferat dadurch erledigen zu können, daß ich mit ein paar Sätzen einige Verbeugungen vor ihm mache. Damit kommen wir nicht mehr zurecht. (Beifall.)

Wenn es uns um den Menschen geht — und zwar nicht um ein Phantom, sondern um den realen Menschen, der an der Werkbank, im Betrieb oder im Büro steht —, dann müssen wir uns darüber klar sein, wie vielfältig heute dieser Mensch in Wirtschaft und Gesellschaft gebunden ist. Das ist nicht nur die ökonomische Abhängigkeit. Da kommen heute in unserem durchorganisierten gesellschaftlichen Leben tausend andere Dinge hinzu, und jede mechanistische Lösung des Problems ist keine Lösung. In einer Gesellschaft, die so vielschichtig ist, wo der einzelne mit tausend Fasern in den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen erfaßt ist, da gibt es keine

Generallösung über das Gemeineigentum, sondern da sind viele Maßnahmen zur Lösung nötig. Da müssen wir sehen, daß so viel Bewegungsfreiheit in diese Wirtschaft und Gesellschaft kommt, daß der einzelne sich wirklich bewegen kann und nicht etwa nur in einen großen Block oder in ein Kombinat eingeschlossen ist.

Dann kann man auch nicht so tun, als wenn jedes private Grundeigentum eine Herrschaftsmacht verleihe, die nur durch die Beseitigung des Privateigentums gebändigt werden könne. Dabei werden als Großeigentum gleich alle die Unternehmungen verstanden, die nicht miteinander im Wettbewerb stehen. Wir wollen das deutlich aussprechen, damit wir uns über die Konsequenzen klar werden. Wenn wir alle die Unternehmungen, die nicht im Wettbewerb untereinander stehen, in Gemeineigentum überführen wollten, dann wären das 60, 70, vielleicht 80 Prozent der deutschen Industrie. Das müssen wir sehen. Und ich möchte wissen, ob wir wirklich ganz konkret, in dieser Welt von heute, wesentlich mehr Freiheit bekommen würden, wenn wir rund 70 Prozent der industriellen Unternehmungen in Gemeineigentum überführen würden. (Beifall.)

Man ist dann in der Debatte noch weiter gegangen. Ich spreche das so hart aus, nicht, weil ich diese Debatte für gefährlich halte, sondern weil ich meine, auf eine klare Aussage sollte auch eine klare Gegenaussage erfolgen; nur so kann man sich ja über die Probleme klar werden. Es hieß, es seien nicht nur die Großbetriebe, sondern viel schlimmer für die Machtstruktur seien eigentlich die Kleinbetriebe; in dem kleinen Örtchen Sowieso sei der Gemischtwarenhändler eine gesellschaftliche und politische Potenz. Natürlich ist er das; kein Mensch wird das bestreiten. Nur, meint Ihr wirklich, daß man dieses Problem lösen kann, indem man auch hier Gemeineigentum einführt? Da sind doch ganz andere Dinge notwendig. Man sollte doch nicht so mechanistisch denken, als wenn dieses Problem so einfach durch das Generalrezept Gemeineigentum gelöst werden könnte. (Beifall.)

Wir sollten uns hüten! Wir kämpfen doch um die Macht! Wir wollen doch einmal in die Lage kommen, das, was wir vorschlagen, auch durchzuführen! Wir dürfen keine Lösungen suchen, die so simpel sind, daß die Probleme damit nicht einmal ernsthaft angepackt, geschweige denn gelöst werden.

Es wurde dann gefragt, was Kontrolle eigentlich heiße, es bestehe keine Klarheit über das, was Kontrolle ist. Ich habe versucht, klarzumachen, daß man unter öffentlicher Kontrolle nicht primitiv nur ein Modell verstehen darf, sondern daß man dieser Wirtschaft

eben nur beikommt, wenn man sie von den verschiedensten Stellen her packt. Ich sage das gerade deswegen, weil ich von der Macht und der Bedeutung derer, die in der Wirtschaft tätig sind, nicht nur in den großen, sondern auch in den mittleren und kleineren Unternehmungen, zutiefst überzeugt bin. Wir sollten auch wissen — und das müssen wir zur Kenntnis nehmen —, daß der moderne Staat über ein großes Instrumentarium verschiedenster Art verfügt, um die Wirtschaft in seinen Griff zu bekommen.

Ich habe versucht, darzulegen, daß es die verschiedensten Kontrollmethoden gibt. Ich habe mit der leichtesten angefangen, die nicht so sehr wichtig ist — ich gebe das zu —, mit der Fachaufsicht, mit der Gewerbeaufsicht. Ich habe gesagt, das steigere sich nach der Bedeutung der Unternehmungen über die normale Kartellkontrolle und die Investitionskontrolle und die Lenkungsstellen bis zum Gemeineigentum. Ist es dann wirklich richtig, wenn versucht wird, diesen Gedankengang damit ad absurdum zu führen, daß man zeigt, daß die Gewerbeaufsicht hier und da nicht funktioniert hat? Natürlich hat sie hier und da nicht funktioniert.

Ich bin nicht sicher, ob das Gemeineigentum ohne jeden Fehler funktioniert, oder ob es da nicht auch Pannen gibt. Da werden wir schwer aufpassen müssen. Aber man kann doch nicht leugnen, daß es im modernen Staat, durch dessen Hände 30 bis 40 Prozent des Sozialproduktes gehen und damit von ihm gesteuert werden, der die Möglichkeit hat, durch seine Ausgabenpolitik, durch seine daß die Gewerbeaufsicht hier und da nicht funktioniert hat. Natür-Finanzpolitik und Steuerpolitik usw. sehr wirksam das wirtschaftliche Leben zu steuern, daß es in diesem modernen Staat durchaus möglich ist, unter Aufrechterhaltung weitgehender Freiheit die Wirtschaft in den Griff zu bekommen und zu lenken. Wir können aber nicht so einfach argumentieren: Heute funktioniert die Kontrolle nicht, infolgedessen taugt sie nichts; aber wenn wir Gemeineigentum schaffen am Tage X, wobei vielleicht vorausgesetzt wird, daß wir dann auf einmal die gesamte Macht in der Hand haben, dann lösen sich die Probleme von selbst. Nun, wenn wir noch soviel Gemeineigentum haben, aber eine Bundestagsmehrheit wie heute und eine Regierung Adenauer wie heute, dann funktioniert das Gemeineigentum genau so schlecht wie die öffentliche Kontrolle. (Beifall.)

Und wenn wir einmal die Macht erringen, dann hoffe ich, daß wir aus der Zeit zwischen 1918 und 1933 und aus dem, was uns die Gegenseite in den letzten Jahren vorexerziert hat, gelernt und ein ausreichendes Stück Machtbewußtsein und Machtwillen entwickelt haben. (Beifall.))

Dann möchte ich einmal sehen, ob wir mit diesem Instrument nicht mindestens genau so gut arbeiten können, wie die heutigen Machthaber. Sie nutzen ihre Mittel, wenn auch in ganz anderer Richtung, als wir es tun würden.

Die Wirklichkeit erkennen

Ich meine, wir sollten die Wirtschaft so sehen, wie sie ist. Natürlich ist der kleine und mittlere Betrieb nicht dasselbe wie ein Handwerksbetrieb vor hundert Jahren. Wer sich dieser Illusion hingibt, sieht eben nicht, was inzwischen geschehen ist. Natürlich ist ein kleiner oder mittlerer Zulieferer für ein großes Automobilunternehmen wesentlich abhängiger als der frühere kleine Handwerker. Das sind wichtige Strukturveränderungen, die sich in der Wirtschaft vollzogen haben. Auch die großen Unternehmer untereinander sind abhängiger voneinander — sie wirken darum zusammen —, als das früher der Fall gewesen ist. Natürlich hat sich hier Zahlreiches in der Struktur der Wirtschaft verändert. Aber Hand aufs Herz! Nehmen wir einen Steiger, einen Meister, einen leitenden Mechaniker oder Physiker, der ökonomisch ein abhängiger Arbeitnehmer ist, was niemand bestreiten wird. Ich möchte nicht wissen, ob die ganze soziologische und gesellschaftliche Lage dieser Leute nicht in vielen Punkten wesentlich näher ist einem modernen mittleren oder kleinen Unternehmer als manchen Schichten in der Arbeitnehmerbewegung, bei denen es uns bis heute noch nicht gelungen ist, sie auf das Lebensniveau zu bringen, das wir für erforderlich halten. (Beifall.)

Das müssen wir doch sehen, nicht weil wir Freude darüber haben, oder weil wir es mit tränenden Augen sehen, sondern weil wir die Gesellschaft von heute realistisch zu gestalten haben. Die können wir nur gestalten, wenn wir zur Kenntnis nehmen, was in unserer Wirtschaft heute los ist.

Darum ist es nicht so unwichtig, zu sehen, daß mittlere und kleine Unternehmen in der Wirtschaft jedenfalls soziologisch etwas anderes darstellen als große Unternehmungen. (Beifall.)

Wir müssen auch sehen, daß sich diese mittleren und kleinen Unternehmer in großem Umfang bedrängt und bedrückt fühlen von diesen großen Unternehmungen. Wir sollten diesen Leuten ihr Bewußtsein stärken. Aber sollen wir so tun, als gehörten sie eigentlich auf die andere Seite, oder sollen wir ihnen beibringen, daß sie zu uns gehören?

Sehen wir einmal in die anderen Staaten hinein! In England und in den nordischen Staaten gibt man sich große Mühe um Instrumente wie Kartellkontrolle, weil das nämlich bei einer fortschrittlichen Regierung, insbesondere bei einer sozialistischen Regierung, mit all dem, was diese Regierung sonst noch an Mitteln in der Hand hat, ein wirksames Mittel der Beeinflussung der Wirtschaft sein kann. Ist es aber richtig, daß wir ausländische Beispiele nur immer in den Punkten heranziehen, die uns passen, und die Punkte, die uns nicht passen, einfach beiseite lassen? Jede sozialistische Partei ist in ihrem Lande von bestimmten nationalen Bedingtheiten abhängig. Ist es nicht so, daß die Aktivität der Labour Party auf dem Gebiet der Überführung in Gemeineigentum in den ersten Jahren nach dem Kriege so stark vorangetrieben werden konnte, weil eben nach dem Kriege so etwas wie eine revolutionäre Situation vorhanden war? Diese Situation ist doch eine andere als die, die wir heute im restaurativen Deutschland haben. Das sollten wir sehen und die Geschichte auch nicht wie im Zeitraffer zusammenfassen. Zwischen der Sozialisierung Kohle und der Sozialisierung Stahl lagen, wenn ich nicht irre, sechs ganze Jahre. Das hat man auch in England, obwohl man die besondere Situation nach dem Kriege hatte, nicht sofort auf einmal machen können, mit der Gefahr, daß nichts gründlich und ordentlich gemacht würde. Das sollten wir alles sehen. Und wer sich mit englischer Parteigeschichte befaßt, der sollte auch die Diskussionen auf dem vorletzten englischen Parteitag über das hervorragende Dokument „Gesellschaft und Industrie“ nachlesen. Da hat es ähnliche Diskussionen gegeben wie heute, und ich bin der Meinung, solche Diskussionen sind gut.

Es gehört nämlich zur guten Tradition der Sozialdemokratie, daß man sich über die Grundsatzfragen auseinandersetzt. Wir wissen, daß die Labour Party die Absicht hat, wenn sie an die Regierung kommt, gewisse Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung dadurch zu lösen, daß der Staat sich mit 25 oder mehr Prozent an großen Unternehmungen beteiligt. Da ist auch die Frage aufgetaucht: Verlassen wir damit unseren sozialistischen Weg? Dabei ist — das möchte ich sagen, weil das in unsere spezielle Situation paßt, obwohl der Boden für die Aufnahme sozialistischer Auffassungen in England viel breiter bereitet ist als bei uns — vom Vorsitzenden der Labour Party, Hugh Gaitskell, erklärt worden: Wenn wir neue Unternehmungen sozialisieren wollen, dann müssen wir uns über zwei Dinge klar sein. Einmal müssen wir ein konkretes Programm haben. Es gibt heute in der Wirtschaft so viele ungeklärte Dinge, die wir durch Enqueten und Untersuchungen klären müssen, bevor wir vor den Wähler hintreten

und ihn um sein Votum bitten. Er sagte weiter: Da wir als Demokraten verpflichtet sind, um das Mehrheitsvotum der Bevölkerung zu bitten, sind wir auch verpflichtet, unsere Vorschläge so konkret und deutlich darzulegen, daß der Wähler nicht sagen kann: Aha, das steht in deren Programm, also wird es wohl richtig sein, sondern der Wähler muß aus der Sache heraus davon überzeugt sein, daß die Überführung in Gemeineigentum eine dringende, praktische Notwendigkeit ist.

Das ist haargenau die Situation, in der wir im Augenblick in Deutschland stehen.

Öffentliche Kontrolle ist Kontrolle durch Organe der Demokratie

Der Genosse Hesselbach hat, nachdem er dargelegt hatte, daß alle Großbetriebe, die nicht miteinander im Wettbewerb stehen, in Gemeineigentum überführt werden sollten — ein anderer Genosse hat die kleinen und mittleren Betriebe noch dazugenommen —, gemeint, der Staat sei nicht in der Lage, zu kontrollieren, sondern die Kontrolle solle — ich hoffe, ich habe ihn richtig verstanden — beim Parlament, bei den Belegschaften und bei den Gewerkschaften liegen.

Einige haben gemeint, meine Gedanken wären nicht ganz zu Ende gedacht. Vielleicht stimmt das, ich wollte auch nur einen Beitrag zum Weiterdenken liefern. Aber vielleicht denken wir den Gedanken von Hesselbach auch einmal etwas weiter. Wie soll denn diese Gesellschaft aussehen, in der ein so großer Teil der Wirtschaft in Gemeineigentum übergeführt wird und die Kontrolle beim Parlament, bei den Belegschaften und Gewerkschaften liegt? Wir wissen, daß effektive Kontrolle, überhaupt jede öffentliche Tätigkeit gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft, irgendeiner Exekutive und Apparat bedarf. Darum kommen wir nicht herum. Wenn wir Regierung und Staat außer Betracht lassen, dann müßte man sich eine Parlamentsbürokratie schaffen, um das zu ersetzen, was man auch beim Staate nicht haben will.

Ob das etwas wesentlich anderes ist, weiß ich nicht, wahrscheinlich aber etwas Schlechteres.

Dann ein zweites: Wie stellt Ihr Euch denn eine unmittelbare parlamentarische Kontrolle ohne eine Einfügung der Regierung und der Staatsapparatur eigentlich vor? Oder ist doch gemeint, mit der Kontrolle des Parlaments, daß es letzten Endes die öffentliche Hand,

die Regierung sein muß, die die Kontrolle ausübt und ihrerseits vom Parlament kontrolliert wird? Dann brauchen wir aber nicht soviel darüber zu reden; denn das wollen wir auch.

Was heißt „Kontrolle durch Belegschaften, Kontrolle durch Gewerkschaften“? Nehmen wir zunächst die Belegschaften. Hand aufs Herz! Ist es in der modernen Wirtschaft wirklich eine mögliche Vorstellung, daß die Belegschaften der einzelnen Unternehmungen eine Kontrolle über den Betrieb ausüben? Ich bitte, das einmal zu Ende zu denken. Wir haben vor uns nicht irgendeine visionäre Zukunft, wo sich alles in Harmonie auflöst, sondern wir haben eine konkrete Aufgabe vor uns. (Lebhafter Beifall.)

Dann die nächste Frage: Kontrolle durch die Gewerkschaften. Ich möchte auch hier ein ganz offenes Wort sprechen; denn ich glaube, auf diesem Parteitag sollten wir ganz offen miteinander reden; alles andere hat keinen Sinn. Wer von uns ist der Auffassung, daß die Mitbestimmung im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie alle Probleme gelöst habe? Liegen hier nicht noch große Probleme vor uns? (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Jeder, der die Geschichte kennt, weiß, daß ich bei der Erarbeitung des Mitbestimmungsrechts in Kohle und Stahl beteiligt war, und daß ich ein leidenschaftlicher Vertreter dieses Mitbestimmungsrechts bin und auch bleibe.

Aber der Sinn der Mitbestimmung ist doch nicht die Kontrolle der Gewerkschaften über die Betriebe. Ihre Aufgabe ist doch, eine demokratischere Unternehmensverfassung und damit Grundlagen für eine bessere Mitwirkung der Menschen im Betrieb zu schaffen. Jedenfalls meine ich, die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Interessen ihrer Arbeitnehmer zu vertreten. (Lebhafter Beifall.)

Wenn sie die Kontrolle der Wirtschaft übernehmen wollten, dann würden sie an den Punkt kommen, wo sie sich überlegen müßten, ob sie nicht ihre eigene Aufgabe verleugnen und aufgeben. (Lebhafter Beifall.)

Wer den Gewerkschaften, den Arbeitnehmerorganisationen die Kontrolle der Wirtschaft geben will, der macht sie zu einem öffentlichen Organ. Das führt zu einem Gewerkschaftsstaat, der mit echter, freier Demokratie, zu der wir uns bekennen, nichts mehr zu tun hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, ich bin nicht auf jeden einzelnen Punkt eingegangen, aber das, worum es im Kern ging, habe ich vielleicht doch angedeutet.

Ich möchte noch einmal sagen: Uns geht es wirklich um die Freiheit des Einzelmenschen in der Wirtschaft. Aber viel mehr als dieses monomanische Hinstarren auf institutionelle Probleme — Privateigentum, Kontrolle oder Gemeineigentum — viel mehr dazutun kann die gewerkschaftliche Arbeit, die Arbeit von freien Gewerkschaften, die nicht öffentlich gebunden sind und die die Aufgabe haben, für ihre Arbeitnehmer in den Betrieben um mehr Freiheit zu ringen.

Die Energiefrage entscheidet über die Zukunft

Nun möchte ich noch auf ein Problem eingehen, das Genosse Helmut Schmidt aufgeworfen hat. Er hat gefragt: Ist es nicht richtiger, mit Eisen und Stahl zu beginnen? Denn das ist eine größere Machtposition als die Kohle.

Das ist ein Argument, das zu überlegen ist. Darüber ist kein Zweifel. Ich möchte sagen, warum ich nicht gleicher Auffassung bin: Zunächst einmal darf man nicht so einseitig auf die Macht eines bestimmten Industriezweiges hinschauen. Die Machtstruktur der Wirtschaft beruht darauf, daß wichtige Machtgruppen sich gegenseitig tragen. Die Machtposition der Kohle beruht auch darauf, daß sie in den Händen des Stahles ist. Und die Machtposition des Stahles beruht auch darauf, daß er über eine solche Energiegrundlage verfügt. Unter dem Machtgesichtspunkt halte ich es für nicht so entscheidend, welchen Teil, sondern daß wir einen wichtigen Teil, eine Zitadelle herausbrechen. Ein zweites, das hiermit zusammenhängt: Wir sollten nicht so sehr allein nur auf das Machtproblem starren. Sicherlich — ich glaube, ich habe es deutlich gemacht durch meine Einleitung, und was ich sonst zu schreiben und zu sagen pflege, daß ich dieses Machtproblem in der Wirtschaft für ernst halte.

Aber nicht das allein ist entscheidend. Willi Birkelbach hat dazu einige, glaube ich, gute Ausführungen gemacht. Alles, was wir erstreben und wünschen, hängt davon ab, daß wir eine stetige Produktivitätssteigerung, einen gesicherten Aufschwung der Wirtschaft und eine Steigerung des Lebensstandards erreichen. Sonst ist alles eitle Gerede. Und darum ist es wichtig, daß wir auch den Gesichtspunkt, daß ein Industriezweig für diese Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, berücksichtigen.

Die Energiewirtschaft ist die Grundlage für die Entwicklung der modernen Wirtschaft. Sie wird eine immer größere Bedeutung

haben, und für die Sicherung eines gesunden Wirtschaftsablaufes ist die Energiewirtschaft wichtiger als der Stahl, der — rein wirtschaftlich gesehen — sowieso funktioniert; denn er wirft alle die Probleme für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung nicht auf, die uns beim Kohlenbergbau beunruhigen.

Ein letztes, und dabei komme ich nun wieder auf den Menschen im Betrieb: So, wie sich die Dinge in der Energiewirtschaft entwickeln, muß man damit rechnen, daß sie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einem starken Strukturwandel unterliegt. Das hängt mit dem Aufkommen der Mineralölwirtschaft, mit dem Aufkommen der Atomenergie usw. zusammen. Diesem Prozeß muß sich der Bergbau anpassen. Und nach seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur, die ich geschildert habe, ist er darin der schwächere Teil. Er kann in diesem harten Konkurrenzkampf, der bis zur Vernichtung gehen kann — und die Mineralölwirtschaft ist zu einem harten Konkurrenz- und Vernichtungskampf durchaus in der Lage —, sehr leicht unter die Räder kommen und damit jene Hunderttausende von Bergarbeitern an der Ruhr. Hier muß die Entwicklung der Kohlenwirtschaft auf lange Sicht in Einklang gebracht werden mit der Entwicklung der Atomenergie- und der Mineralölwirtschaft, damit nicht untragbare soziale Schäden entstehen. Darum müssen wir im Interesse dieser arbeitenden Menschen den Kohlenbergbau in Gemeineigentum überführen.

Als ich die heutige und auch die gestrige Diskussion verfolgte, ist mir eine merkwürdige Erinnerung gekommen. Ich hatte mich, weil ich dieses Thema auf zahlreichen Bezirks- und sonstigen Funktionärskonferenzen zu behandeln hatte, auch wieder einmal in der Geschichte der Sozialdemokratie und ihrer Parteitage umgesehen, um auch auf diesem Gebiet gegenüber etwaigen Einwänden gewappnet zu sein. Das muß man ja wohl tun, wenn man eine gesunde und fruchtbare Debatte haben will. Da bin ich auf den Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Görlitz im Jahre 1921 gestoßen, und ich bitte, aus diesem Protokoll einige wenige Zeilen verlesen zu dürfen, die uns zeigen — nein, ich will nicht sagen „zeigen“ —, die es so scheinen lassen, als wenn wir in der Debatte über dieses Problem in diesen mehr als 35 Jahren eigentlich nicht viel weitergekommen wären.

Auf dem Görlitzer Parteitag fand ein großes Rededuell zwischen Ströbel und Friedrich Stampfer statt. Ströbel schloß seine Ausführungen, „daß auch das weltanschauliche Moment der Sozialisierung eine ungeheure Rolle für die politische Entwicklung spielen wird.

Der Arbeiter hungert nach einem Weltanschauungsinhalt, nach großen Zielweisungen. Wenn der Proletarier nicht mehr an die Religion der Sozialisierung zu glauben vermag, dann wird er an der sozialistischen Bewegung irre."

Heute werden nicht mehr so große Worte gesagt. Aber aus vielem klang doch so ein Wunderglaube an das heraus, was hervorkommt, wenn wir möglichst alles in einem Prozeß in Gemeineigentum überführen. Friedrich Stampfer hat damals geantwortet: „Darüber müssen wir uns klar sein, daß wir nicht in die Gefahr kommen dürfen, uns in einem neuen Utopismus zu verlieren. Wir dürfen uns nicht in die durchaus unmarxistische Wahnvorstellung verstricken, als ob es möglich wäre, durch einen rein mechanischen Umorganisationsprozeß, der durch Gesetzgebung und Verwaltung der Wirtschaft aufgezwungen ist, eine plötzlich grundstürzende Wandlung der ganzen Gesellschaft zum Besseren herbeizuführen. Vor dieser durchaus unmarxistischen Vorstellung müssen wir uns unter allen Umständen hüten.“

Als mir der Parteivorstand den Auftrag gab, dieses Referat zu halten, und als ich an das Referat heranging, dachte ich an die Geschichte der Sozialdemokratie von 1918 bis 1933. Ich habe sie bewußt miterlebt. Ich will hinzufügen, ich war Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie; ich bin also gewissermaßen mitverantwortlich! Aber es handelt sich gar nicht darum, über die Vergangenheit zu rechten und zu sagen, was war recht und was war schlecht, sondern es geht darum, gewisse Folgerungen zu ziehen.

Wenn ich diese Zeit überblicke, diese doch nach ihrem Ergebnis recht traurige Zeit von 1918 bis 1933, wird mir wieder bewußt, daß wir damals den Zwiespalt hatten, ungeachtet der Programme, die damals genau so wenig nach unten durchkamen wie heute unser Aktionsprogramm, daß ungeachtet dieser Programme die ganze Terminologie und die ganze Diskussion von bestimmten dogmatischen Vorstellungen beherrscht wurde und daß demgegenüber eine völlig opportunistische Politik geführt wurde, die mit der vertretenen Doktrin nicht mehr das geringste zu tun hatte. (Lebhafter Beifall.)

Deshalb habe ich in meinem Referat mit Bewußtsein und mit Absicht gesagt, wir müssen diese Einheit von Doktrin und politischer Praxis herstellen. Da darf nicht soviel dazwischen liegen an Möglichkeiten und Unmöglichkeiten! Wir müssen aus der Doktrin unsere konkreten Forderungen, die die Menschen draußen kennen wollen, ableiten, so ableiten, daß sie nicht nur die anderen überzeugen, sondern auch für uns wirklich verbindlich und verpflichtend sind.

Das Problem, vor dem wir stehen und um das wir nicht herumkommen, nach zwei Wahlgängen: 1953 und 1957, ist das: Wir müssen Methoden finden, eine Haltung und eine Sprache finden, mit der es uns gelingt, mindestens 50 Prozent der Bevölkerung für uns zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Daran müssen wir in jedem Augenblick denken. Wenn wir nicht daran denken, haben alle übrigen noch so schönen Überlegungen ihren Sinn verloren. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte jetzt eine Frage aufnehmen, die von einem Diskussionsredner gestellt wurde: Wer hindert uns denn, heute an einem so wichtigen Zweig wie der Energiewirtschaft zu zeigen, was wir unter Gemeineigentum verstehen? Wer zwingt uns, zu sagen: Wir müssen das noch einmal theoretisch erörtern und noch einmal zwei Jahre zurückstellen und es darum dem Parteivorstand als Material überweisen. Nein, der Parteivorstand — wir wollen ja gar nichts vorab entscheiden — soll den Auftrag erhalten, ein konkretes, ausführliches Programm auszuarbeiten. Es muß ein realistisches Programm sein, das die Menschen draußen verstehen. Es darf nicht im Theoretischen steckenbleiben, wie sich zum Beispiel unsere heutige Diskussion noch etwas im Theoretischen halten muß. Das Programm soll in der Partei und in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Und dann soll auf dem nächsten Parteitag — so lautet doch der Abschnitt V dieses Antrags — über dieses Programm entschieden werden, damit es als Grundlage für das Wahlprogramm dienen kann.

Darum bitte den Antrag 204 nicht als Material überweisen ohne Verpflichtung; denn sonst stehen wir 1960 wieder da und überlegen, wie wir das machen wollen. Hier ist ein erster Ansatzpunkt zur praktischen Politik. Dazu sollen wir uns bekennen.

Wenn mich hier etwas traurig berührt hat, dann ist es das, daß hier überwiegend ganz allgemein über Gemeineigentum gesprochen worden ist. Aber über das, was in dieser Vorlage konkret enthalten ist, wurde kaum gesprochen. Warum eigentlich ist nicht über die Energiewirtschaft gesprochen worden? Nur zwei Genossen haben dieses Thema berührt. Helmut Schmidt und Willy Birkelbach. Die anderen interessiert das anscheinend nicht so sehr. Warum wird nicht gesprochen über das Kapitel IV: „Wie soll Gemeineigentum aussehen?“ Wenn Überführung ins Gemeineigentum eine Verpflichtung ist, eine konkrete Aufgabe, dann müssen wir uns doch mit diesen Problemen zumindest befassen. Ich meine deshalb, daß dieser Antrag eine gute Grundlage für eine ernsthafte Diskussion dieser Probleme ist.

Die politische Entscheidung ist unausweichlich

Ganz klar müssen wir uns überlegen: Worum geht es bei dieser Auseinandersetzung um die Annahme des Antrags 204? Da gibt es zwei verschiedene Argumentationen, und ich will es ganz rücksichtslos und deutlich sagen: Es gibt Genossinnen und Genossen, denen die Teile unseres Aktionsprogramms über Freiheit und Wettbewerb, über die Mittelschichten, über Privateigentum und Gemeineigentum nicht gefallen. Sie meinen, das sei keine Grundlage für eine sozialistische Politik. Das ist aus einer Anzahl von Diskussionsreden, aus der darin gegebenen Analyse und den gezogenen Konsequenzen deutlich zu ersehen. Ich bin der Auffassung, wer dieser Auffassung ist, soll das sagen, und wir haben darüber zu entscheiden. Es ist kein Unglück für eine Partei, wenn sich herausstellt, daß in ihr über bestimmte Punkte verschiedene Meinungen vorhanden sind. (Beifall.)

Es ist viel besser, wir haben den Mut, zu entscheiden und zu sagen: „Das ist die offizielle Meinung!“ Dann kann man das Problem intern ruhig weiter diskutieren, denn eine Entscheidung besagt doch niemals, daß damit unter allen Umständen und für alle Ewigkeit das Richtige beschlossen sei. Es wäre aber für die Partei ein Unglück, in unserer heutigen politischen Situation — und an die sollten wir immer denken —, wenn wir etwa eine verwaschene Formulierung annehmen oder sagen würden, wir vertagen das Problem noch einmal. Mit Vertagen lösen wir kein Problem. (Beifall.)

Dieses Problem steht 60 Jahre auf der Tagesordnung. Da schadet es gar nichts, wenn wir es in Angriff nehmen. Was steht in diesem Antrag? Jeder muß seine Verantwortung übernehmen, wenn er zu diesem Antrag Stellung nimmt. Im Abschnitt I steht im Grunde genommen ein Extrakt des Dortmunder Aktionsprogramms über die Bedeutung der mittleren und kleineren Unternehmungen — Privateigentum —, und dieser Abschnitt I fügt mit aller Deutlichkeit hinzu, daß ein wesentliches, unabdingbares Element der sozialdemokratischen Politik das Gemeineigentum ist. Ich meine, beide Dinge sind wichtig, und vor der Entscheidung über beide Dinge sollten wir uns nicht drücken. Was war denn der Mangel in der Vergangenheit? Jeder, der vor Mittelständlern sprach, konnte ein Mittelschichtenprogramm entwickeln und so tun, als ob die Forderung nach Gemeineigentum für die Sozialdemokratie gar nicht existiere. Und viele, die über Gemeineigentum vor Schichten sprachen, die dieses Problem ansprach, konnten so tun, als ob Mittelschichtenpolitik nur eine Verzierung am Rande sei. Was wir

hier deutlich sagen, ist, daß das unabdingbare Bestandteile einer einheitlichen Politik sind, die sich gegenseitig ergänzen.

Dazu gehört das Privateigentum in den mittleren und kleineren Unternehmungen, ebenso wie das freie gemeinwirtschaftliche Eigentum und wie das Gemeineigentum in öffentlicher Hand. Das sollte hier — es liegt im Aktionsprogramm drin, ist also gar nichts Neues — im Hinblick auf die Diskussionen, die wir in der Vergangenheit gehabt haben, deutlich werden. In unserem Programm ist keine Gruppe herausgestellt, wir haben nicht einzelne Bestandteile für jede einzelne Interessengruppe, sondern ein geschlossenes, freiheitliches, sozialistisches Programm. Das kommt im Abschnitt I des Antrages zum Ausdruck. Wer den Abschnitt I ablehnt, gibt einen wesentlichen Teil des Dortmunder Aktionsprogramms auf. Nachdem dieser Antrag vorliegt, könnte das nicht ohne Konsequenzen draußen bleiben. Wenn die Sozialdemokratie sich weigern würde, diese Bestandteile ihres Programms durch Annahme dieser Resolution zu unterstreichen, so wäre damit das Grundsatzprogramm in keiner Weise präjudiziert, aber unser Aktionsprogramm desavouiert. Vielleicht überlegen sich auch diejenigen, denen es wirklich um eine sachliche Lösung dieses Problems geht, folgendes: Wir verwenden nicht mehr den Ausdruck „Grundstoffindustrien“, weil das eine vielleicht überholte Vorstellung ist. Wer weiß, ob, wenn wir in einigen Jahren einmal vor der gleichen Frage für andere Industriezweige stehen sollten, andere Gebiete nicht viel wichtiger sind als dieser alte, geschlossene Komplex „Grundstoffindustrien“. Wir nehmen uns doch die Freiheit der Entscheidung für den Augenblick, wo es darauf ankommt, wenn wir unseren Aufgabenbereich vorher so eingrenzen. Das sollten die Genossen, die diese EntschlieÙung lesen, auch bedenken. Wir machen uns den Weg für unsere Entscheidung freier, wenn wir es ablehnen, in Perfektionismus einen bestimmten Bereich in Katalogform abzugrenzen. Darum ist Abschnitt I also wichtig. Er legt die Geschlossenheit des Programms dar.

Was steht in Abschnitt II? Wir brauchen nicht lange zu streiten: Bekenntnis zur Gemeinwirtschaft und Ablehnung der Angriffe auf öffentliches Eigentum. Nichts ist wohl aktueller als dieser Abschnitt II.

Und die Abschnitte III und IV? Da ist einmal versucht worden — und es ist da keinerlei Bindung drin —, gewisse Prinzipien aufzustellen, wie das, was wir in Gemeineigentum überführen, aussehen soll. Das soll deutlich machen, daß es sich um ein ernstes, konkretes Problem handelt. Und was steht im Abschnitt V? Im Abschnitt V

steht, der Parteivorstand soll auf der Grundlage dieser Richtlinien in den Abschnitten IV und V ein Programm für die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Energiewirtschaft vorlegen, damit wir es 1960 haben und in der ganzen Zwischenzeit darüber diskutieren können.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Es wird nicht das Grundsatzprogramm vorweggenommen, aber es werden einige Dinge, die ins Rutschen gekommen waren, für die Öffentlichkeit klargestellt. Es wird außerdem unseren Genossen und der Öffentlichkeit draußen Material gegeben, damit sie sich selber und anderen Klarheit darüber schaffen können, daß Gemeineigentum nicht nur ein Phantom ist, sondern daß wir ganz konkrete Vorstellungen mit der Überführung in Gemeineigentum verbinden.

Ich möchte ganz nüchtern schließen. Ich glaube, es ist eine Frage der politischen Verantwortung, die an jeden einzelnen hier gestellt ist, denn die Diskussion hat gezeigt, daß diese Frage nicht nur uns an den Nerv geht. Hier erwartet die Öffentlichkeit eine Antwort. Jeder einzelne muß sich entscheiden, ob er ein solches Problem vertagen will oder meint, daß wenigstens dieses begrenzte Problem heute durch Annahme des Antrags entschieden werden soll. Ich möchte dringend bitten, eine politische Entscheidung zu treffen und ihr nicht auszuweichen. (Bravo!-Rufe und stärkster, lang anhaltender Beifall.)

Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft

Im Mittelpunkt sozialistischer Wirtschaftspolitik stehen

stetige Steigerung des Sozialprodukts,
Sicherung der Vollbeschäftigung,
Erhöhung des Lebensstandards.

Das Ergebnis der Wirtschaft darf nicht — wie bisher — überwiegend kleinen bevorrechtigten Schichten zufließen. Darum fordert die Sozialdemokratie eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung.

Diese Ziele können nur auf der Grundlage einer freiheitlich geordneten Wirtschaft erreicht werden.

I.

Die Struktur der modernen Wirtschaft wird immer stärker durch jene Industriezweige bestimmt, in denen eine kleine Zahl von Großunternehmen eine beherrschende Stellung einnimmt. Ohne diese Großunternehmungen mit ihrer gewaltigen Produktionskraft sind ein starker Wirtschaftsaufschwung und eine schnelle Steigerung des Lebensstandards nicht möglich. Zugleich aber sind diese Großunternehmungen Kommandostellen der Wirtschaft. Wer über sie verfügt, hat — insbesondere auch über die großen Interessenverbände — wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Macht. Durch diese Machtzusammenballungen wird die Bewegungsfreiheit aller der Unternehmer, die nicht über gleiche Macht verfügen, beschränkt, die freie Konsumwahl der Verbraucher gefährdet und die

*) Diese Entschliessung wurde vom Stuttgarter Parteitag mit überwältigender Mehrheit angenommen.

demokratische Ordnung bedroht, die nicht auf Macht, sondern auf Freiheit gegründet sein muß.

Neben den Großunternehmungen gibt es Millionen kleinerer und mittlerer und eine große Zahl gemeinwirtschaftlicher und öffentlicher Unternehmungen. Sie können der einseitigen privaten Ausnutzung wirtschaftlicher Macht entgegenwirken und mehr Raum für wirtschaftliche Bewegungsfreiheit erzwingen.

Zu den wichtigsten Aufgaben einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik gehören hiernach

- Stärkung der kleineren und mittleren Unternehmungen,
- Schaffung und Förderung gemeinwirtschaftlicher und öffentlicher Unternehmungen,
- öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht.

Eine freiheitliche Ordnung der Wirtschaft ist heute nur möglich, wenn möglichst viele und vielfältige Wirtschafts- und Unternehmensformen erhalten bleiben und der Einfluß des Staates und seiner Bürokratie in Grenzen gehalten werden. Der Staat als oberste ordnende Gewalt hat die Pflicht, die Gemeinschaft gegenüber den Machtansprüchen eigennütziger Interessengruppen zu schützen. Er soll aber nur eingreifen, soweit das öffentliche Interesse dies erfordert. Darum sind Ausmaß und Formen der öffentlichen Kontrolle von der Macht und der Bedeutung der zu kontrollierenden Unternehmungen und Unternehmensvereinigungen abhängig.

Soweit fachliche Aufsicht — zum Beispiel Gewerbeaufsicht und Versicherungsaufsicht — genügt, sind nur Fachaufsichtsorgane zulässig. Wo der Wettbewerb unangemessen eingeschränkt oder gar aufgehoben ist, muß eine wirksame Kartell- und Monopolkontrolle einsetzen. Soweit die Investitionen, der Absatz oder die Preisbildung im gesamtwirtschaftlichen Interesse einer überbetrieblichen Ordnung bedürfen, sind entsprechende öffentliche Kontrollorgane zu schaffen. Wo alle diese Kontrollmittel nicht ausreichen, um eine stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, eine gesunde soziale Ordnung und die Entscheidungsfreiheit der allein zu politischen Entscheidungen legitimierten Organe zu sichern, muß Überführung in Gemeineigentum erfolgen.

Die Entscheidung über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Überführung in Gemeineigentum ist vom Stande der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abhängig. Konkrete und verbindliche Vorschläge werden deshalb im Wahl- und Regierungsprogramm für eine neue Wahlperiode der Öffentlichkeit vorgelegt.

In diesen begrenzten Bereichen der Wirtschaft ist Gemeineigentum ein legitimes, unverzichtbares Ordnungsmittel demokratischer Gemeinwesen. Gemeineigentum steht nicht im Widerspruch zur Anerkennung des Privateigentums. Gemeineigentum tritt an die Stelle des Privateigentums, wo dieses seine gesellschaftliche Funktion nicht erfüllt. Das private Eigentum jener Millionen kleiner und mittlerer Unternehmungen, bei denen das Eigentum nicht die Grundlage wirtschaftlicher Macht, sondern die Voraussetzung für ihre Selbstbehauptung ist, wird nicht angetastet; es muß vielmehr gestärkt und gefördert werden. Darüber hinaus befürwortet die Sozialdemokratie die Bildung persönlichen Eigentums. So sind

Privateigentum,

gebundenes Eigentum der freien Gemeinwirtschaft,

gebundenes Eigentum der öffentlichen Hand und Gemeineigentum

wesentliche, sich ergänzende Bestandteile einer freiheitlichen, sozialistischen Wirtschaftsordnung.

II.

Im Laufe der letzten hundert Jahre hat sich eine Wirtschaftsstruktur herausgebildet, die drei wichtige Bereiche enthält:

die freie private Wirtschaft,

die freie Gemeinwirtschaft und

die öffentliche Wirtschaft.

Die freie Gemeinwirtschaft und die öffentliche Wirtschaft sind neben den mittleren und kleinen Unternehmungen der privaten Wirtschaft entscheidende Positionen zur Sicherung wirtschaftlicher Freiheit gegenüber dem Machtanspruch privater Großunternehmungen.

Die freie Gemeinwirtschaft entspricht dem Bedürfnis breiter Verbraucherschichten, privaten Unternehmungen, die auf dem Prinzip größtmöglicher Gewinnerzielung arbeiten, konkurrierende Unternehmungen entgegenzustellen, die dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip einer sinnvollen Bedarfsdeckung dienen. Diese Unternehmungen der freien Gemeinwirtschaft — Genossenschaften, gemeinnützige Bauunternehmungen, Volksversicherungen, Gemeinwirtschaftsbanken usw. — sind aus der deutschen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Der Parteitag fordert alle Anhänger einer

freiheitlichen Wirtschaftsordnung auf, die Unternehmungen der freien Gemeinwirtschaft noch stärker als bisher zu unterstützen.

Die öffentliche Unternehmung ist die gegebene Unternehmensform für natürliche Monopole. Hierzu gehören in erster Linie die Versorgungswirtschaft und die Großunternehmungen des Verkehrs. Hier lautet die Wahl nur: Private Monopole oder öffentliche Wirtschaft. Darüber hinaus erfüllen öffentliche Unternehmungen überall dort eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, wo marktbeherrschende Unternehmungen einen solchen Einfluß haben, daß Kartell- und Monopolaufsicht zur Sicherung einer geordneten Versorgung nicht mehr ausreichen.

Der Parteitag erhebt Einspruch gegen die Versuche der Bundesregierung, aus dogmatischen Gründen wichtige und unverzichtbare Teile des Bundesvermögens zu privatisieren. Die Bundesregierung ist offenbar bereit, die im Bundesbesitz befindlichen gutgeführten und gewinnbringenden Unternehmungen um jeden Preis in private Hände zu geben, während gleichzeitig notleidende private Unternehmungen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Durch die Privatisierung von Unternehmungen, wie Volkswagenwerk, Howaldts-Werke und Preussag werden wichtige Elemente des Wettbewerbs ausgeschaltet und bedeutende Wirtschaftsbereiche der Beherrschung durch mächtige private Großunternehmungen ausgeliefert. Damit werden entscheidende Interessen der Allgemeinheit verletzt.

III.

Die Probleme der Energiewirtschaft können nach dem heutigen Stande der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in privatwirtschaftlicher Form nicht mehr gelöst werden.

Die Energieversorgung Deutschlands wird sich in Zukunft auf vier wichtige primäre Energieformen stützen: Kohle, Wasserkraft, Erdöl und Kernenergie.

Im Kohlenbergbau reißen die Schwierigkeiten nicht ab. Bei guter Konjunktur werden wichtige Kohlenverbraucher wie die Versorgungsunternehmungen und der Hausbrand nicht ausreichend versorgt. Bei einem leichten Rückgang der Konjunktur werden sinnlose, aber sozial gefährliche Feierschichten eingelegt. Es wird immer schwerer, ein angemessenes Lohnniveau für den Bergarbeiter zu sichern. Die Preispolitik für Kohle führt immer wieder zur Erschütterung des Preisniveaus.

Während einige Gesellschaften große Gewinne machen und hohe Dividenden zahlen, können andere nicht einmal die notwendigen Investitionen vornehmen. Dem Konkurrenzkampf mit Einfuhrkohle und mit Heizöl sind die schwachen Gesellschaften hilflos ausgeliefert, während große Unternehmungen sich über eigene Handelsgesellschaften am Einfuhrgeschäft und über andere Tochtergesellschaften am Heizölgewinn beteiligen.

Diese Schwierigkeiten werden nicht aufhören, solange sich die Kohle in privater Hand befindet; denn die Kohlenwirtschaft ist inzwischen zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden.

Kohle ist einer jener wertvollen Rohstoffe, die nur in begrenztem Umfange vorhanden sind; an der pfleglichen Ausbeute der Kohlenvorkommen und an einer planmäßigen Entwicklung der Förderung besteht daher ein gesamtwirtschaftliches Interesse.

In der überkommenen privatwirtschaftlichen Form kann der Kohlenbergbau weder die für die Entwicklung des Kohlenbergbaues erforderlichen Investitionsmittel aufbringen noch einen ausreichenden sozialen Stand des Bergarbeiters und damit den notwendigen Zustrom von Arbeitskräften sichern; er bedarf daher seit je öffentlicher Hilfe und Unterstützung.

Die Kohlegewinnung ist an die Lagerstätte gebunden und unterliegt den besonderen Bedingungen der Urproduktion. Deshalb gibt es seit Jahrzehnten keinen echten freien Wettbewerb auf dem Kohlenmarkt, sondern immer nur eine Steuerung des Marktes durch mächtige Kartell- und Monopolorganisationen; eine solche Wirtschaftslenkung durch private Verbandsmacht berührt öffentliche Interessen.

Die Entscheidungen über den Umfang der Kohlegewinnung, über die Kohlenaufbereitung und -veredlung sowie über die Preisgestaltung sind im Hinblick auf die Bedeutung der Kohlewirtschaft keine private Angelegenheit mehr, sie haben wirtschaftspolitische Auswirkungen.

Als eine der entscheidenden Rohstoff- und Energiegrundlagen der Wirtschaft hat der Kohlenbergbau eine solche wirtschaftliche und politische Machtstellung, daß er in der Lage ist, sich bei wichtigen Entscheidungen über gesamtwirtschaftliche Interessen hinwegzusetzen.

Darum muß der Kohlenbergbau, einschließlich der zugehörigen Kohlenchemie, im öffentlichen Interesse auch in Deutschland — wie in allen anderen großen Kohlenländern Europas — in Gemeineigentum überführt werden.

Die Entwicklung der Atomenergie verlangt große öffentliche Mittel für Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Die Errichtung von Atomkraftwerken führt zu stärkster Kapitalkonzentration. Die Atomwirtschaft wird zwangsläufig von einigen wenigen Großunternehmungen beherrscht. Die Erzeugung von Atomenergie ist mit ungeheuren Strahlungsgefahren verbunden. Atomkraftwerke gehören daher ebenso wie Kernbrennstoffe in öffentliche Hand.

Die Mineralölwirtschaft steht unter dem beherrschenden Einfluß einiger weniger, aber mächtiger internationaler Ölkonzerne, die in der Lage sind, durch ihre Produktions-, Absatz- und Preispolitik die Wettbewerbslage der anderen Energieträger entscheidend zu verändern. Nur der Staat verfügt über ausreichende wirtschaftspolitische Mittel — insbesondere auf den Gebieten der Handelspolitik, der Zoll- und Steuerpolitik sowie der Kapitalmarkt- und Investitionspolitik —, um sicherzustellen, daß sich die Mineralölwirtschaft der planmäßigen Entwicklung der gesamten Energiewirtschaft anpaßt.

Eine aufeinander abgestimmte Entwicklung aller Zweige der Energiewirtschaft, zu der außer Kohle, Atomenergie und Mineralöl auch zahlreiche andere öffentliche, gemischtwirtschaftliche und private Energieerzeugungs- und Verteilungsunternehmungen gehören, ist unter diesen Umständen nur zu erreichen, wenn ein langfristiger Energiewirtschaftsplan aufgestellt und seine Durchführung durch eine zentrale öffentliche Stelle überwacht wird.

Die Entwicklung einer Energiewirtschaft, die ihre gesamtwirtschaftliche Aufgabe erfüllt, erfordert daher

- Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum,
- Entwicklung der Atomenergie in öffentlichen Unternehmungen,
- Errichtung einer zentralen Stelle, die für die planmäßige Entwicklung der gesamten Energiewirtschaft verantwortlich ist.

IV.

Die Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum hat zum Ziel, eine dem Gemeinwohl dienende Entwicklung der Kohlenwirtschaft zu gewährleisten. Zu diesem Zweck müssen die Interessen der Gesamtwirtschaft mit dem Interesse an einer wirtschaftlichen Führung des Kohlenbergbaus und dem Interesse an einer ständigen Besserung der sozialen Lage der Belegschaften so abgestimmt werden, daß die bestmögliche Gesamtleistung erzielt

wird. Deshalb gelten für die gemeinwirtschaftliche Ordnung des Kohlenbergbaus folgende Richtlinien:

1. Gemeineigentum ist Eigentum des ganzen Volkes, nicht Staatseigentum. Die Verstaatlichung — sei es in der Form des Regiebetriebes, sei es in der Form der kapitalmäßigen Beherrschung — wird abgelehnt. Für den Kohlenbergbau wird durch Gesetz eine Körperschaft der wirtschaftlichen Selbstverwaltung geschaffen.
2. Unternehmungen in Gemeineigentum sollen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden. Deshalb entsprechen ihre Verwaltungsorgane nach Form und Funktionen den Aufsichts- und Leitungsorganen moderner Großunternehmungen. An Stelle der Hauptversammlung tritt ein Vertretungsorgan, das sich aus Repräsentanten der Wirtschaft, der organisierten Arbeitnehmerschaft und des öffentlichen Interesses, insbesondere auch des allgemeinen Verbraucherinteresses, zusammensetzt. Die Mitglieder aller Organe sind auf ihre gemeinwirtschaftliche Aufgabe zu verpflichten. Sie werden durch die Bundesregierung bestellt.
3. Um wirtschaftlichen Zentralismus und bürokratische Erstarrung zu vermeiden und den Wettbewerb anzuregen, wird die Kohlenwirtschaft unter dem Dach der Selbstverwaltungskörperschaft in mehrere möglichst gleichgewichtige Unternehmungen mit selbständiger Entscheidungsbefugnis gegliedert. Die Entscheidungsbefugnis der Dachorganisation wird gesetzlich auf ganz bestimmte Fragen von übergeordneter Bedeutung beschränkt.
4. Um die Einheitlichkeit der Energiepolitik und die Übereinstimmung mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu sichern, erhält das zuständige Ministerium im Rahmen des Nationalbudgets eng begrenzte, gesetzlich festgelegte Einwirkungsmöglichkeiten, um die notwendige Entscheidungsfreiheit der Leitung der Selbstverwaltungskörperschaft zu wahren.
5. Die notwendige parlamentarische Kontrolle wird dadurch sichergestellt, daß der zuständige Minister dem Parlament alljährlich unter Beifügung der Bilanz und des Geschäftsberichts des Kohlenbergbaus einen Rechenschaftsbericht über die von ihm verfolgte Kohlenwirtschaftspolitik vorlegt. Das Parlament beschließt über die Entlastung des Ministers.
6. Aus der Tatsache, daß Privateigentum und Gemeineigentum — jedes an seinem Platz — anerkannt werden, ergeben sich Konsequenzen für die praktische Politik:
Privateigentum, das in Gemeineigentum überführt wird, ist angemessen zu entschädigen;

Unternehmungen in Gemeineigentum haben der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre Wirtschaftsführung abzulegen; sie müssen darin Vorbild sein;

in Gemeineigentum übergeführte Unternehmungen unterliegen grundsätzlich der gleichen Steuerpflicht wie private Unternehmungen.

V.

Der Parteivorstand wird beauftragt, alsbald nach Maßgabe der unter III und IV behandelten Grundsätze einen Vorschlag für die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Energiewirtschaft auszuarbeiten, der nach eingehender Erörterung in der Partei und in der Öffentlichkeit dem vor den nächsten Bundestagswahlen stattfindenden Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen ist.

INHALT

Dr. Heinrich Deist

Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft	5
Ziel, Weg und Mittel sozialistischer Politik	6
Die Machtstruktur der Wirtschaft	9
Drei Aufgaben sozialistischer Wirtschaftspolitik	13
Die Freiheit als Bestimmungsgrund der Mittelwahl	14
Kontrolle der wirtschaftlichen Großmacht	16
Eigentumsform und wirtschaftliche Leistung im Kohlenbergbau	18
Die Neuordnung der Energiewirtschaft	21
Die gesamtwirtschaftliche Lösung	23
Institutionen können nicht die Politik ersetzen	27

Dr. Hermann Veit

Die sozialdemokratische Alternative in der Wirtschaft	29
Marktwirtschaft — Wirtschaftswunder	30
Die Eigentums- und Vermögensverteilung	31
Das Problem der Preise und Löhne	32
Nicht die Löhne sind schuld	33
Widersprüche der sozialen Marktwirtschaft	35
Die Volksaktie ist keine Lösung	36
Die Konzeption der SPD	37
Das Versagen des Kapitalismus	38
Die Sozialdemokratie — Die Konjunkturpolitik	39
Keine Gefährdung der Freiheit	40
Sozialismus für alle	41

Schlußwort Dr. Heinrich Deist

Nur neue Wege führen zum Ziel	43
Durch Diskussion zur Entscheidung	43
Gemeineigentum löst nicht alle Probleme	45
Die Wirklichkeit erkennen	48
Öffentliche Kontrolle ist Kontrolle durch Organe der Demokratie	50
Die Energiefrage entscheidet über die Zukunft	52
Die politische Entscheidung ist unausweichlich	56

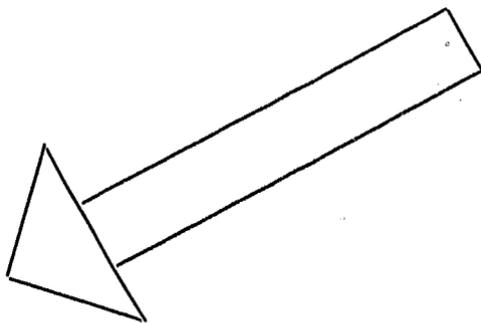
EntschlieÙung	59
----------------------	----

Die vom Stuttgarter Parteitag
angenommenen Anträge und Entschließungen
sind in der Broschüre

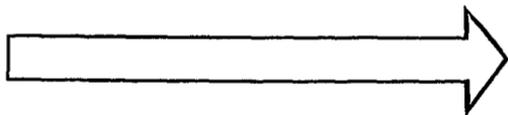
Anträge und Entschließungen des Stuttgarter Parteitages 1958

zusammengefaßt.

Bestellungen für diese Broschüre
richten Sie bitte an:



Vorstand der SPD, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170



Wenn Sie

diese Broschüre aufmerksam durchgelesen haben, dann werden Sie sich gewiß auch für die Ausführungen der anderen Referenten des Stuttgarter Parteitages interessieren. Wir empfehlen Ihnen deshalb noch folgende Broschüren:

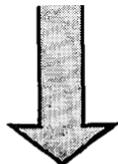
Fritz Erler

Herbert Wehner

Wehr- und Außenpolitik im gespaltenen Deutschland

Die beiden Redner erläuterten in ihren Referaten erneut die außenpolitische Konzeption der SPD, deren unabänderliches Ziel die Sicherung der Freiheit und die Wiedervereinigung Deutschlands ist. Die Sozialdemokratische Partei unterbreitet mit diesen Referaten Gedanken und Grundsätze für ein Programm, das in die Zukunft weist und die Hauptprobleme der deutschen Politik einer Lösung näher bringen will.





Waldemar von Knoeringen

Dr. Adolf Arndt

Sozialismus - gelebter Humanismus

Die wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen der letzten Jahre stellen neue Anforderungen an die Bildungs- und Erziehungsaufgaben von Staat und Gesellschaft. Bereits 1956, auf dem Münchener Parteitag, hat die SPD mit der Erörterung der Probleme der „zweiten industriellen Revolution“ den Weg zur Meisterung dieser Zukunftsaufgaben gezeigt. Auf dem Stuttgarter Parteitag bemühte sich die Sozialdemokratische Partei erneut darum, das Interesse der Öffentlichkeit für eine wirksame Lösung der auftretenden Probleme zu mobilisieren.

Diese Broschüren
sind zu beziehen vom:
Parteivorstand der SPD,
Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170